

# Günter Dux

## Die beste aller Gesellschaften?

Gerechtigkeit als Grundverfassung der Demokratie

*Vortrag im Städtischen Theater Freiburg  
11. Januar 2009*

### 1 Die beste aller Gesellschaften

Meinen Sie, verehrte Hörerinnen und Hörer, meinen Sie, wir lebten in der besten aller Gesellschaften? Wenn Sie es meinen, werde ich Ihnen nicht einfach widersprechen. Wir kennen jedenfalls keine andere, die in gleicher Weise die Versorgung mit Gütern zu erwirtschaften vermöchte, wie es in der Marktgesellschaft geschieht. Niemand wüsste zu sagen, wie anders als durch die Produktion der Waren für den Markt und ihren Austausch auf dem Markt eine so große Weltbevölkerung ernährt werden sollte. Wir brauchen sie, um die Versorgung allererst zu effektuieren. Denn in der Welt herrscht Hunger für mehr als eine Milliarde Menschen. Im 19. Jahrhundert lag es nahe zu meinen, das ökonomische System einer kapitalistischen Marktgesellschaft überhaupt ersetzen zu können. Diese Möglichkeit ist Geschichte. Heute hat sich die Marktgesellschaft weltweit durchgesetzt und Verhältnisse geschaffen, die wir nicht ändern können.

Man muss, so viel scheint sicher, an der Marktgesellschaft festhalten. Aber man kann die Strukturen und Verhältnisse, die der Kapitalismus der Marktgesellschaft aufgezwungen hat, nicht schon deshalb belassen, wie sie sind, weil sie sich weltweit durchgesetzt haben. Denn sie hindern im Innern der Gesellschaft Millionen Menschen an einer sinnvollen Lebensführung, und sie bedrohen, wenn man sie belässt, wie sie sind, die Lebensdienlichkeit der Umwelt. Wir sind im Kontext unserer Erörterungen mit den Belastungen aus dem Innern der Gesellschaft befasst. Sie ziehen sich durch die Geschichte der Marktgesellschaft. Bereits 1792, als sich in der Phase der Terreur das Volk aktiv in die Französische Revolution einbrachte, waren es zwei Forderungen, die es skandierte: Bildung und Arbeit. Bildung und Arbeit waren auch die Forderungen des Proletariats in den Parteiprogrammen der Arbeiterparteien seit dem 19. Jahrhundert. Dass Bildung und Arbeit nicht allen zugänglich sind, um ein Leben unter den Sinnvorgaben der Moderne zu führen, macht auch das Grundproblem der Gerechtigkeit aus, mit der wir uns in der Marktgesellschaft konfrontiert sehen. Ich suche die Dimensionierung der Problemlage näher auszuleuchten, zunächst am Zugang zur Bildung.

## 2 Das Defizit der Bildung

### *2.1 Die anthropologische Dimensionierung*

Bildung kennzeichnet eine Dimension der menschlichen Lebensform, die an deren Grundverfassung zurückverweist. Auf die Welt kommt jeder nur als biologischer Organismus. Seine eigentlich menschliche Lebensform erwirbt jeder dadurch, dass er die Organisationsformen seiner Lebensführung, die Formen des Denkens und der Sprache ebenso wie die Praxisformen seiner alltäglichen Lebenswelt, erst ausbildet – durch Bildung also. Es macht die Eigenart der menschlichen Bildung aus, dass es keinen natürlichen Maßstab gibt, der bestimmt, wie weit Bildung reichen muss. Bildung formiert sich auf einer gegen die Natur abgesetzten medialen Ebene von Denken und Sprache. Auf der aber lebt der Mensch unter einer Möglichkeitsdimension. Was er ist, sein kann, sein will, entscheidet sich erst in dem, wozu er sich macht. Das gilt historisch für die Menschheit als Gattung, und es gilt für den einzelnen in einer je historisch vorgegebenen Gesellschaft. In vorneuzeitlichen agrarischen Gesellschaften wurde die Höhenmarke der Bildung für die ganz überwiegende Zahl der Menschen durch die praktischen Anforderungen agrarischer und handwerklicher Produktion bestimmt. In der Marktgesellschaft haben sich jedoch schon die praktischen Anforderungen an die Lebensführung erheblich differenziert. Überdies ist das Wissen, das erworben werden muss, um in der Welt kompetent leben zu können, ungemein erweitert worden. Seither ist der Maßstab für das, was an Bildung erworben werden muss, unsicher geworden. Unter dieser Entwicklung stellen sich zwei Anforderungen an den Erwerb von Bildung: Jedem die Möglichkeit zu eröffnen, sich so weit auf das Niveau der Gesellschaft heraufzuarbeiten, wie es seinen Fähigkeiten entspricht. Jedem die Chance zu bieten, so viel an Bildung erwerben können, dass er die Errungenschaften der Lebensführung in der Gesellschaft zu nutzen vermag. Selbstbestimmung ist zum Schlüsselbegriff im Selbstverständnis des Menschen der Neuzeit geworden. Sie setzt eines voraus: Bildung gewinnen zu können.

### *2.2 Die gesellschaftlichen Bedingungen von Bildung*

Der Erwerb von Bildung ist von Bedingungen abhängig, über die das Subjekt nicht verfügt. Abhängig ist Bildung ist zum einen von der genetischen Anlage eines jeden. Das ist nicht das Problem. Jeder muss seine Natur akzeptieren und sehen, wie er mit ihr zurechtkommt. Das Problem liegt bei den gesellschaftlichen Bedingungen. Die hängen zuvörderst von den Verhältnissen ab, unter denen die nachkommenden Gattungsmitglieder aufwachsen. Die aber sind in den unterschiedlichen Verhältnissen der Kindheit, den familialen vor allem, nicht so, dass man unbesehen davon ausgehen könnte, dass sie für den Erwerb einer Bildung, die den Anforderungen der Neuzeit entspricht, ein günstiges Ambiente darstellen. Die Politik muss deshalb insbesondere für Kinder einer bildungsfernen Sozialschicht Bedingungen schaffen, um frühzeitig den Erwerbsprozess durch Bildung zu fördern. Das Bewusstsein, diesen Kindern verpflichtet zu sein, ist durchaus virulent in der Gesellschaft, im politischen System aber gebrochen durch die Überzeugung, die vom Markt geschaffenen Verhältnisse prinzipiell nicht ändern zu können und auch nicht ändern zu wollen. Eine Wiesbadener Studie hat

gezeigt, dass 81% der Kinder aus der Oberschicht, aber nur 14 % der Kinder aus der Unterschicht von den Grundschullehrern eine Empfehlung für das Gymnasium erhalten. Das hat eine Mehrzahl von Gründen. Der wichtigste ist der Mangel an Förderung durch bildungsferne Eltern. Einen Grund hat die auffällige schichtspezifische Differenz sicher nicht: den Mangel an Begabung. Auch die Universitäten verzeichnen eine signifikante Schichtspezifität des Zugangs zu ihnen. 2006 sind einer Studie des Bildungsministeriums zufolge 18000 Abiturienten der Unterschicht wegen der Studiengebühren vom Studium abgehalten worden. Mir will an einem kein Zweifel sein: Wo immer Bildung verweigert wird, nimmt die Idee der Menschheit Schaden.

### 3 Inklusion in das System der Ökonomie Integration in die Gesellschaft

#### *3.1 Die Problemlage*

Wir sind, das wird nicht in Vergessenheit geraten sein, im Begriff, die Belastungen in unserer Gesellschaft zu bestimmen, die das Grundproblem der Gerechtigkeit in der Marktgesellschaft ausmachen. Neben der Bildung ist Arbeit das zweite Problem. Die dadurch bewirkte Problemlage ist bekannt. In der Marktgesellschaft müssen alle in das ökonomische System der Arbeit einbezogen werden. Denn im ökonomischen System der Arbeit erwerben alle oder doch so gut wie alle die Mittel, um leben zu können, Geld. Wenn man die Bedingung ins Auge fasst, um in dieser Gesellschaft leben zu können, nämlich in das System der Arbeit inkludiert zu sein, ahnt man bereits, dass das nicht gut gehen kann. Denn nicht alle stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung: Kranke nicht, Alte nicht und Kinder auch nicht. Doch das ist nicht das Hauptproblem der Gesellschaft. Das besteht darin, dass das ökonomische System in der Geschichte der Marktgesellschaft der letzten dreihundert Jahre kaum einmal in der Lage war, allen, die Arbeit suchten, auch Arbeit zu verschaffen. Vollbeschäftigung sind Ausnahmezeiten in der Ökonomie. Überdies aber war das ökonomische System zu keiner Zeit in der Lage, alle zu Bedingungen zu inkludieren, die den Beschäftigten ein gedeihliches Auskommen gesichert hätten. Zu keiner Zeit haben die Arbeitnehmer für Zeiten der Krankheit und des Alters durch ihren Lohn hinreichend Vorsorge treffen können. Ganz die gleichen Verhältnisse finden wir in der Gegenwart. Neben dem Problem der Arbeitslosigkeit steht ein zweites Problem, das der Niedriglohngruppen. Wie die Arbeitslosigkeit stellt es eines der Hauptprobleme dar, an dem Menschen in der Gesellschaft leiden. Working poor kennzeichnet für viele Arbeitnehmer die Problemlage ihrer Lebensführung.

#### *3.2 Armut in der Gesellschaft*

Das Unvermögen des ökonomischen Systems, alle in das System der Arbeit zu integrieren und viele nur zu Bedingungen, die es ihnen nicht erlauben, ein Leben zu führen, das den Sinnvorgaben der Gesellschaft entspricht, kennzeichnet die gesellschaftliche Lage, in der wir uns befinden. Wir leben in einer ungemein reichen Gesellschaft, mit dem jährlichen

Wachstum wächst jährlich auch der Reichtum. Der Reichtum fällt jedoch nicht nur ungleich an, damit könnte man leben. Um irgendeine Form ökonomischer Gleichheit geht es nicht. Der Reichtum fällt in einer Weise an, dass die Gesellschaft in oben und unten auseinanderdriftet. Seit dem Jahr 2000 ist das reale Nettoeinkommen beim reichsten Zehntel um 17% gestiegen, beim ärmsten Zehntel um 18 % gesunken. Die Folge ist: In dieser Gesellschaft sind 13 % arm, haben weniger als 835 Euro im Monat, das ist die Armutsgrenze. Weitere 13% gelten nur deshalb nicht als arm, weil sie durch Sozialleistungen – Wohngeld, Kindergeld - über die Armutsgrenze kommen, liegen aber nahe an der Armutsgrenze. Überdies sind es nahezu drei Millionen Kinder, die unter Bedingungen von Armut aufwachsen. Es will mir wenig sinnvoll erscheinen, diesen Befund dadurch zu relativieren, dass man sagt, Armut sei ein relativer Begriff. Wer alles in allem - Miete und Heizung eingeschlossen - mit 835 Euro im Monat auskommen muss, ist arm dran.

#### 4 Was Gerechtigkeit meint

Es ist dieser doppelte Befund, die für viele unzugängliche Bildung und die Bedrückung durch die ökonomischen Verhältnisse, die das Problem der Gerechtigkeit ausmachen. 73 % der Bevölkerung halten unsere Gesellschaft denn auch für eine ungerechte Gesellschaft. Gerechtigkeit ist ein überaus belasteter Begriff. Als Soziologe tut man gut daran, den Begriff der Gerechtigkeit der Problemlage verbunden zu halten, wie sie sich mit der Gesellschaft entwickelt hat.

*Gerechtigkeit, werden wir deshalb sagen, sei das Postulat, für jeden gesellschaftliche Bedingungen zu gewährleisten, die es ihm ermöglichen, ein Leben zu führen, das den Sinnvorgaben der Gesellschaft gerecht zu werden vermag.*

Der Begriff lässt sich unschwer konkretisieren. Jede Gesellschaft entwickelt Standards, die zum sinnvollen Leben dazugehören, in unserer Gesellschaft: ausreichende Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Wohnung, die Nutzung technischer Errungenschaften wie Staubsauger und Waschmaschine, ebenso der Zugang zu kulturellen Errungenschaften wie Fernsehen und Tageszeitungen. Schließlich gehören zu den Standards sinnvollen Lebens kommunikative Möglichkeiten wie die, mit anderen gesellig zusammen sein zu können, reisen zu können, die Möglichkeit zu haben, entfernt lebende Kinder oder umgekehrt Eltern zu besuchen. Wenn in einer reichen Gesellschaft wie der Marktgesellschaft der Zugang zur Bildung verstellt ist und die Inklusion in das ökonomische System zu Bedingungen erfolgt, die die Lebensführung bedrücken, leidet Gerechtigkeit Not.

Gerechtigkeit soll sein. Man kann und man muss fragen: Warum soll sie sein? Darauf komme ich zurück. Als Soziologe wird man zunächst einmal fragen: Warum gibt es sie nicht? Warum treibt unsere Gesellschaft in oben und unten auseinander? Warum scheint es nicht möglich, Bildung, Arbeit und Reichtum – nun nicht gleich, aber doch so zu verteilen, dass alle ein gedeihliches Auskommen haben? Die Gründe liegen in der systemischen Verfasstheit der Gesellschaft. Sie liegen zuvörderst in der Verfasstheit des ökonomischen Systems, dann aber auch in der des politischen Systems. Ich erörtere zunächst das ökonomische System.

## 5 Die Logik des ökonomischen Systems

### *5.1 Das Interesse an der Kapitalakkumulation*

Soziale Systeme stellen die Vernetzung von Handlungen der Subjekte dar, mit denen dauerhafte Interessen verfolgt werden. Die Handlungsinteressen und die Art ihrer Vernetzung bilden das, was man die Logik des sozialen Systems nennen kann. Das ökonomische System operiert nach einer Logik, die Arbeit organisiert, um Gewinn zu machen, Kapital zu akkumulieren. Es inkludiert deshalb nur die in das ökonomische System, deren Inklusion Gewinn verspricht, und es inkludiert alle nur zu den Bedingungen, die Gewinn versprechen. Für das Interesse der Subjekte an einer gedeihlichen Versorgung ist in der Logik des ökonomischen Systems kein Platz. Milton Friedman, einer der bedeutendsten Ökonomen unserer Zeit, hat das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Es gibt, so hat er gesagt, für Unternehmer nur eine einzige Verantwortung. Sie besagt, die verfügbaren Mittel möglichst Gewinn bringend einzusetzen. Und es gibt, so hat er hinzugefügt, wenig Entwicklungstendenzen, die so gründlich das Fundament unserer freien Gesellschaft untergraben können wie die Annahme einer anderen sozialen Verantwortung durch Unternehmer als die für die Aktionäre. Friedman gibt damit exakt wieder, was ich hier als Logik der Operativität des ökonomischen Systems bezeichne. Es ist die Maxime des Interesses am Gewinn ganz unabhängig vom Wohlergehen der Menschen, die bestimmt, wer reinkommt ins ökonomische System und zu welchen Bedingungen jemand reinkommt. Das ist nicht nur so, das kann nicht anders sein, wenn man das System der Marktwirtschaft nimmt, wie es ist.

Doch was folgt daraus?

### *5.2 Die Organisationsfalle der Gesellschaft*

Soziologisch kann eines nicht fraglich sein: Zwischen den Interessen, die im ökonomischen System verfolgt werden, und den Subjekten in der Gesellschaft besteht eine Diskrepanz. Beide kommen nicht zur Deckung. Die Last der Diskrepanz tragen die, die nicht in das ökonomische System der Arbeit integriert werden. Und die Last der Diskrepanz tragen sodann die, die nur zu Bedingungen integriert werden, die ihnen kein Leben zu führen ermöglichen, dass den Sinnvorgaben der Gesellschaft entspricht.

So unausweichlich diese Feststellung ist, so unausweichlich ist dann allerdings auch die Weiterung, die daraus folgt: Wir sind mit dem ökonomischen System der Marktgesellschaft in eine Organisationsfalle der Gesellschaft geraten. In dieser Gesellschaft müssen alle in das ökonomische System integriert werden, um leben zu können, aber alle zu integrieren, sieht sich das ökonomische System nicht in der Lage und schon gar nicht alle zu zureichenden Bedingungen. Das also ist der eigentliche, der primäre Grund, der nicht sein lässt, was eigentlich sein soll: Gerechtigkeit. Es gibt jedoch, wie wir gesagt haben, einen zweiten Grund: das politische System. Weshalb, das ist die Frage, die uns verfolgt, geschieht im politischen System nicht, was geschehen müsste, wenn Gerechtigkeit sein soll? Nicht anders als bei der Erörterung des ökonomischen Systems müssen wir den Grund für das Unvermögen des

politischen Systems, der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, in der prozeduralen Logik seiner systemischen Verfassung suchen.

## 6 Die demokratische Verfassung des politischen Systems

### *6.1 Die Genese der Demokratie*

Das politische System hat sich in seiner demokratischen Verfassung aus dem absolutistischen Staat entwickelt. An der Transformation des absolutistischen Staates in ein demokratisch verfasstes politisches System hatten im 17. und 18. Jahrhundert, als der Prozess auf dem Kontinent mit der Französischen Revolution eingeleitet wurde, alle ein Interesse – Adel und Teile der Geistlichkeit ausgenommen. Gewonnen wurde die Gestaltungshoheit im politischen System jedoch nicht vom Volk, sondern vom Bürgertum. Es verfügte über die Mittel, die zum Gewinn der politischen Gestaltungshoheit notwendig waren: gesellschaftliche Macht und eine Organisationskompetenz, die Schriftlichkeit erforderte. Das Bürgertum hat die Entwicklung der Demokratie aber auch nur eingeleitet, fortgeführt und als bestimmende Staatsform der Marktgesellschaft verwirklicht wurde sie durch die Arbeiterschaft, das Proletariat. Die Arbeiterschaft hatte ein nachhaltiges Interesse daran, in die Marktgesellschaft integriert zu werden. In Arbeiterparteien und Gewerkschaften gewann sie das Organisations- und Machtpotenzial, um die Demokratie auch durchzusetzen. In Deutschland erfolgte, wie Sie wissen, die Einführung der Demokratie durch die November-Revolution 1918 und die Weimarer Reichsverfassung 1919.

### *6.2 Was Demokratie meint*

Mit der Ausbildung der Demokratie hat sich jene politische Programmatik umgesetzt, von der wir gesagt haben, sie liege am Grunde des Selbstverständnisses des Subjekts der Neuzeit: Selbstbestimmung. Selbstbestimmung stellt in allen demokratischen Theorien seit der frühen Neuzeit den Legitimationsgrund der Demokratie dar. Was Selbstbestimmung politisch meint, kann man ebenso vom frühen Bürgertum wie vom nachkommenden Proletariat lernen: die Gestaltungshoheit im politischen System zu erringen, um ein selbstbestimmtes Leben in der Zivilgesellschaft führen zu können. Selbstbestimmung ist mithin ein doppelt fokussierter Begriff. Er reklamiert Selbstbestimmung im politischen System, aber er reklamiert sie zu dem Zweck, ein selbstbestimmtes Leben in der Zivilgesellschaft führen zu können. Just in dieser doppelt fokussierten Bedeutung, die politische Gestaltungshoheit zu nutzen, um im zivilen Leben eine selbstbestimmtes Leben zu führen, das den Sinnvorgaben der Gesellschaft gerecht zu werden vermag, hat sich die Demokratie nicht realisieren lassen. Inwiefern nicht?

### *6.3 Die formale Demokratie*

In der Wiedererrichtung der Demokratie nach dem zweiten Weltkrieg behauptete sich zunächst ein politisches Bewusstsein, das den sozialdemokratischen Kompromiss zwischen den Interessen des Kapitals und der Subjekte im Sozialstaat fortsetzte. Man konnte in den

zwei Jahrzehnten bis zur Mitte der 70er Jahre erwarten, dass sich der Sozialstaat verfestigte und auch fürderhin die Integration der Subjekte in die Gesellschaft gewährleistete. Darüber, was der Sozialstaat meinte, bestand in der sozialwissenschaftlichen Literatur Einigkeit: die Sicherung der Autonomie der Lebensführung, Selbstbestimmung also. Die Entwicklung verlief anders. Das ökonomische System trat nach der ökonomisch irregulären Phase des Wiederaufbaus der beiden ersten Jahrzehnte nach dem Krieg in einen Prozess ein, in dem es sich zunehmend am Weltmarkt orientierte und sich dabei durch die Abgaben für den Sozialstaat behindert sah. Für den ist in der Logik des ökonomischen Systems in der Tat kein Platz. Denn die wird, wie wir gesehen haben, von der Kapitalakkumulation bestimmt und von sonst gar nichts. Seit dem Ende der 70er Jahre klagte das Kapital diese Logik ein, mit steigender Intonation gegen den Sozialstaat. Die Politik passte sich dieser Entwicklung an. Sie orientierte sich und orientiert sich auch heute an einem Wählerpotenzial, von dem sie annimmt, dass es sich in der Marktgesellschaft gut aufgestellt weiß: der Mitte. Beide Volksparteien definieren sich als Mitte, die Sozialdemokraten als linke Mitte. Das kann im Blick auf das Wählerpotenzial kaum anders sein. Es kann aber auch deshalb nicht anders sein, weil die politische Elite in den politischen Parteien ihre Alimentierung so weit nach oben gerückt hat, dass sie selbst zur oberen Mitte zählt.

Es ist diese Entwicklung, unter der die Demokratie zu einer demokratisch halbierten, rein formalen Demokratie geworden ist. Rein formale Demokratie will sagen: Zwar haben alle Zugang zur Meinungs- und Willensbildung im politischen System, aber dieser Zugang lässt sich nicht umsetzen in eine für alle selbstbestimmte, sinnvolle Lebensführung. Für die politische Mittelschicht ist die politische Entmachtung erträglich. Für die Unterschicht führt die politische Entmachtung zu einer Lebenslage, die dem Kerngehalt dessen, was Selbstbestimmung meint, schlicht zunichte macht. Ihnen fehlt die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens unter den Vorgaben der Moderne: die weiterführende Bildung und die ökonomische Absicherung einer gedeihlichen Lebensführung. Die untere Unterschicht ist politisch und ökonomisch abgehängt. Eine ungemeine Wurschtigkeit gegenüber ihrer Lebenslage kennzeichnet die gegenwärtige Politik. aus.

Das, meine Damen und Herren, sind die Verhältnisse, wie wir sie vorfinden. Die neoliberale Theorie der Politik will es bei diesen Verhältnissen belassen. Sie findet in den Wirtschaftsredaktionen der Medien und in den von der Wirtschaft organisierten Think-Tanks ihre tagtägliche Verbreitung. Als Soziologe ist man darauf festgelegt, die Gesellschaft so darzustellen, wie sie sich in der Vernetzung der Lebensformen der Subjekte zeigt und zwar aller Subjekte. Dann aber kann man sich zwei Einsichten nicht ausreden lassen, - man weiß, was man weiß. Man weiß, dass die Logik des ökonomischen Systems eine von Interessen bestimmte Logik ist, die mit den Interessen von Millionen Menschen in der Gesellschaft nicht zur Deckung kommt. Und man weiß als Soziologe auch, dass Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Demokratie nicht preisgebbare Postulate sind, weil das Selbstverständnis des Subjekts in der Neuzeit eine nicht preisgebbare Errungenschaft darstellt. Die sich aufdrängende Frage, ob sich etwas tun lässt für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in der Demokratie, lässt sich nicht beantworten, ohne zu registrieren, dass wir unter der Globalisierung in eine neue Phase der historischen Entwicklung in der Marktgesellschaft eingetreten sind. In ihr ist die Gesellschaft in eine Krisenlage geraten.

## 7 Die Krise der Gesellschaft im Prozess der Globalisierung

### *7.1 Was Globalisierung meint*

Was Globalisierung meint, ist in wenigen Sätzen zu sagen. Mit der Globalisierung ist ein Weltmarkt geschaffen, durch den im Produktionsbereich die Märkte weltweit vernetzt sind. Waren werden weltweit vertrieben, national gebildetes Kapital weltweit investiert. Multinationale Konzerne produzieren 80% der industriellen Produkte. Der Kernbestand der Globalisierung liegt jedoch nicht im Produktionsbereich. Der Kernbereich liegt in der Entwicklung des Finanzsystems. Durch die Revolution der Informationstechnologie ist es möglich geworden, Kapital zwischen den Volkswirtschaften in Echtzeit zwischen den Gesellschaft zu transferieren. Die Akteure im Finanzsystem nutzen die Möglichkeiten, die sich durch den Handel mit Aktien, Schuldverschreibungen, Optionen, Waren und Währungen und deren nur schwer durchsichtige hybride Derivate bieten, um ein ungemein großes Kapital zu gewinnen, für das nirgendwo reale Gegenwerte geschaffen werden. Man könnte meinen, es sei nur fiktives Kapital. Mitnichten! Es lässt sich, solange es existiert, durch nichts von dem Kapital unterscheiden, mit dem auch im Produktionsbereich operiert wird.

### *7.2 Der Strukturwandel der nationalen Gesellschaften*

Wir wären mit der Globalisierung der Ökonomie nicht befasst, hätte sie nicht die Strukturen der nationalen Gesellschaft grundlegend verändert. Grundlegend verändert sind dadurch auch die Bedingungen, unter denen sich Gerechtigkeit und Selbstbestimmung als Prinzip der Demokratie realisieren lassen, wenn sie sich realisieren lassen. Die Veränderungen sind im gemeinen Bewusstsein, aber auch in der soziologischen Theorie kaum erst angekommen. Ich muss Ihnen, um sie deutlich zu machen, eine spezifisch soziologische Überlegung zumuten. Wir haben die Marktgesellschaft bisher als eine systemisch differenzierte Gesellschaft verstanden, in der neben Kultur und Politik das ökonomische System das eigentlich Gesellschaft begründende System darstellte. Denn die Ökonomie war es, so haben wir in der Vergangenheit gesagt, durch die alle mit allen zur Einheit der Gesellschaft verbunden werden. Exakt diese Annahme gilt heute nicht länger. Im neuen Kapitalismus dreht sich die Ökonomie aus der nationalen Gesellschaft heraus. Sie ist zum Weltsystem geworden. Es versteht sich: Die Menschen in den nationalen Gesellschaften sind weiterhin darauf angewiesen, die Subsistenzen ihrer Lebensführung dort zu gewinnen, wo sie ihr Leben führen, also doch von der Ökonomie vor Ort. Die Bedingungen, unter denen sie sich in das ökonomische System zu inkludieren vermögen, werden jedoch nicht vor Ort geschaffen, sondern im globalen ökonomischen System. Das aber ist seit geraumer Zeit schon in einen Strukturwandel seiner inneren Verfassung verwickelt. Inwiefern?

Die wichtigste Triebkraft für die Entwicklung der neuen Ökonomie ist, so sagt man, nicht länger Kapital, sondern Wissen. Es ist ein spezifisches Wissen, eines, das sich in kreative Technologien der Gestaltung des ökonomischen Systems umsetzen lässt. Unter diesem Strukturwandel erfährt das ökonomische System erneut eine Steigerung seiner Organisiertheit. Es sind vorzüglich drei Bereiche, durch die sich die Ökonomie neu

organisiert: durch eine hoch organisierte Forschung und Entwicklung, durch eine hoch organisierte High-tech-Industrie und durch ein eigens in Firmen zusammengebrachtes Risiko-Kapital. Unter dieser Entwicklung entsteht das, was man in der Literatur die >>kreative Ökonomie<< nennt. Sie kennt eine Vielzahl kreativer Sektoren, von der Software- Industrie über die Bio-tech- Industrie bis hin zur Film und Musik- Industrie. Unter dieser Entwicklung entsteht aber auch eine kreative Klasse von Menschen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie durch ihre Erfindungen und organisatorischen Ideen Wert schaffen. Man hat ihren Anteil auf 25-30 % der Beschäftigten geschätzt. Wenn schon in der klassischen Form der kapitalistischen Marktgesellschaft die Entlohnung von der Nähe zum Kapital und dessen Organisation mitbestimmt wurde, so sind es gegenwärtig und zukünftig die Subjekte der kreativen Klasse, die das Einkommen aus Arbeit absahnen.

Und was, werden Sie fragen, ist mit den anderen 70 bis 75 %? Ich gerate mit dieser Frage an die Grenze dessen, was in einem Vortrag erörtert werden kann, an die Grenze auch der ökonomischen Prognose der nahen und fernerer Zukunft und auch an die Grenze meiner Kompetenz. Es scheint mir ratsam, sich an zwei Befunde unserer gegenwärtigen Gesellschaft zu halten. Sie decken sich aber mit den Erwartungen in der ökonomischen Literatur. Im Produktionsbereich gerät die praktische Produktherstellung unter den Druck einer weltweiten Konkurrenz. Und der schlägt auf die Entlohnung durch. Ökonomisch abgehängt ist eine breite Schicht von Beschäftigten, deren Beschäftigung für das Kapital wenig einträglich ist und die im Dienstleistungsbereich nur einen mäßigen Bildungseinsatz mitbringen. Ich erinnere an die eingangs mitgeteilten Daten: Mehr als 30 % der Menschen leben in der Bundesrepublik an oder dicht über der Armutsgrenze. Nimmt man die hinzu, die mit ihren Familien zwar über der Armutsgrenze, aber unterhalb des durchschnittlichen Nettoeinkommens von 1300 Euro liegen, dann wird man von einer Verteilung des Einkommens ausgehen müssen, durch die nahezu 40 - 50 % der Menschen in zum Teil bedrückenden, sonst aber bedrängten Verhältnissen leben. Was folgt daraus?

Eine Einsicht will mir unabweisbar erscheinen: Vom ökonomischen System ist unter seiner Globalisierung keine irgendeartige Form von Gerechtigkeit oder materialer Demokratie zu erwarten. Das war es auch in der Vergangenheit nicht. Der Unterschied ist, dass man es unter der Entwicklung der Ökonomie in der Epoche seiner Globalisierung wissen kann. Denn unter dieser Entwicklung hat sich, wie wir gesehen haben, das ökonomische System aus der Gesellschaft herausgedreht. Es ist nicht nur nicht um das Wohlergehen der Subjekte besorgt, sondern auch nicht um die Ordnung der Gesellschaft. Es war auch schon zu Zeiten Adam Smiths riskant zu meinen, ein sich selbst organisierendes soziales System werde blind für alle gedeihliche Verhältnisse schaffen. Heute kann man nicht nur wissen, dass es nicht der Fall ist, sondern warum es nicht der Fall ist. Wir müssen umdenken. Wenn es richtig ist, dass das ökonomische System weder um die Subjekte in der Gesellschaft noch um die Ordnung der Gesellschaft selbst besorgt ist, dann gibt es nur ein System, das diese Aufgabe übernehmen und gedeihliche Verhältnisse schaffen kann, das politische resp. der Staat. Das politische System muss seine Gestaltungskompetenz und Gestaltungshoheit nutzen, um eine Ordnung in der Gesellschaft zu bewirken, die allen eine Lebensführung ermöglicht, mit der sie den Sinnvorgaben der Gesellschaft zu folgen vermögen. Das meint, wie wir gesagt haben, Gerechtigkeit. Die gegenwärtige Krise der Gesellschaft dokumentiert eindringlich, dass es einzig und allein der Staat ist, der den Bestand der Gesellschaft als Bedingung der

Lebensform der Subjekte zu gewährleisten vermag. Es will mir überdies nicht fraglich erscheinen, dass es, wenn überhaupt, einzig durch die Gestaltungskompetenz und Gestaltungshoheit des Staates möglich ist, die Probleme von außen: Klima, Hunger, Wanderungen, zu bewältigen. Wenn das alles aber so ist, gibt es in der Epoche eines global gewordenen Kapitalismus zu der Transformation der Gesellschaft in eine politisch gestaltete Gesellschaft keine Alternative. Anders ist nicht ersichtlich, wie die ungemaine Bedrohung, die auf den Menschen aus dem Innern der Gesellschaft wie aus dem Äußern lastet, abgewendet werden kann. Wer meint, auf die Erfahrungen mit der Planwirtschaft verweisen zu können, gibt zu erkennen, dass er mit dem schnellen sozialen Wandel nicht Schritt hält. Es geht nicht darum, sich der Marktwirtschaft zu entledigen, auch nicht darum, eine Planwirtschaft zu schaffen, sondern die Marktwirtschaft zu nutzen, um eine gerechte Gesellschaft zu schaffen. Was ist zu tun?

## 8 Die politisch gestaltete Gesellschaft

### *8.1 Das System der Grundsicherung*

Die politische Programmatik für eine gerechte Gesellschaft ist einfach zu bestimmen. Wenn im Innern der Gesellschaft Verhältnisse geschaffen werden sollen, die allen eine gedeihliche Lebensführung ermöglichen, dann ist es notwendig, ein System der Grundsicherung zu schaffen, das anders verfasst ist, als es der Sozialstaat war. Ich mache mir bei seiner Konzeptualisierung Überlegungen zu eigen, die in der Literatur unter der Überschrift >>garantiertes Grundeinkommen<< erörtert worden sind, suche es aber ungleich pragmatischer zu gestalten. In der Literatur wird mit dem >>garantierten Grundeinkommen<< die Absicht verbunden, jedem Bürger, gleich ob arm oder reich, eine Gutschrift zu überweisen, die ihm die elementaren Lebenshaltungskosten sichert. Diese ungemaine finanzielle Transaktion scheint mir kontraproduktiv zu sein. Denn der Staat muss sich, was er mit der linken Hand gibt, mit der rechten zurückholen. Politisch hat eine solches System überdies keine Chance. Die Grundsicherung muss sich auf die richten, denen Einkommen fehlt. Sichergestellt werden muss, dass alle Bürger, deren Einkommen unterhalb eines Sockelbetrages liegt, – sagen wir zum Exempel von 850 Euro - diesen Betrag vom Staat garantiert bekommt. Das ist die eine Hälfte des Systems der Grundsicherung. Die andere besteht darin, dass jeder auch die Möglichkeit erhält, durch eine Zusatzarbeit, gleich ob als Teilzeitarbeit oder als Arbeit in einer Niedriglohngruppe, ein Gesamteinkommen zu erzielen, das in etwa dem mittleren Netto-Einkommen entspricht, das sind derzeit 1300 Euro. Die konkrete Ausgestaltung eines solchen Modells zieht eine Fülle von Fragen nach sich, die ich hier so wenig erörtern kann wie die Vorzüge, die dieses System hat. Einen Einwand allerdings muss man aufgeben: Bei einer Grundsicherung würden sich die Menschen einen guten Tag machen und die Arbeit den anderen überlassen. Mit dem Sockelbetrag der Grundsicherung kann man nicht gut leben. Es wird einige geben, die sich daran genügen lassen, für manche schafft es eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben. Die, die sich daran genügen lassen, sind in gar keiner Weise das gesellschaftliche Problem. Empirisch ist erwiesen: Die allermeisten Menschen, die unten sind, wollen arbeiten, um in bessere Verhältnisse zu

kommen. Es ist der Vorzug des hier anvisierten Systems der Grundsicherung, ein Junktim zwischen Arbeit und Versorgung herzustellen, durch das die Lebenslage der Menschen am unteren Rand der Gesellschaft gebessert werden soll. Zwei Fragen müssen beantwortet werden: Woher sollen die Arbeitsplätze kommen und woher das Geld für den Sockelbetrag der Grundsicherung?

Notwendig ist, im Dienstleistungsbereich einen zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen. Dazu ist eine Politik notwendig, die den Dienstleistungsbereich zwar effizient, aber gerade nicht Gewinn orientiert gestaltet. Notwendig ist dazu überdies, eine Politik der kulturellen Aufforstung zu betreiben, durch die Menschen für die Tätigkeit im Dienstleistungsbereich ausgebildet werden. Man muss mit anderen Worten das System der Grundsicherung durch entschiedene Berufsbildungsmaßnahmen flankieren. Die Schlüsselfrage ist allemal: Woher soll das Geld kommen, um die Grundsicherung zu finanzieren? In der Tat: Auch das hier moderat konzipierte System der Grundsicherung lässt sich nicht finanzieren, wenn nicht ein Umdenken erfolgt, durch das bewusst wird, wodurch das Einkommen gewonnen wird. Die liberale Vorstellung, dass, was jeder verdient, dem eigenen Verdienst zuzuschreiben ist, ist soziologisch naiv. Es ist ja keine Frage, dass die Grundlage eines jeden Einkommens aus Arbeit die eigene Leistung ist, die jeder erbringt. Und es ist auch keine Frage, dass die meisten, die eine besser oder gut bezahlte Stellung im ökonomischen System inne haben, subjektive Leistungen für sie mitbringen, die nicht jedermann zu erbringen vermag. Gleichwohl gilt, dass die Höhe dessen, was jeder verdient, von gesellschaftlichen Mechanismen des Marktes bestimmt wird, die blind operieren und keinerlei Sensorium dafür mitbringen, was menschlich und gesellschaftlich notwendig ist. Sie machen eine gesellschaftliche Gestaltung erforderlich. Das nun gilt erst recht für die Einkommen, die im Finanzsystem erworben werden. Es ist eine Geschichte aus dem Kinderbuch des Kapitalismus zu meinen, die Einkommen im Finanzsystem seien das Entgelt für einen Konsumverzicht. Die großen Vermögen, die im Finanzsystem erworben werden, werden aus Transaktionen im Finanzsystem erworben. Sie sind, eben weil sie systemisch erworbene Gelder sind, auch der systemischen Regulierung zugänglich. Das eigentliche Problem der Grundsicherung ist nicht, woher das Geld kommt. Das ist da. Das Problem ist, Regulierungen zu finden, die eine Umschichtung vor allem aus dem Finanzsystem möglich machen. Das kann nur durch eine europaweite Strategie erfolgen. Dazu muss jedoch auch für die Europäische Union die politische Programmatik umgestellt werden. Die Zielvorgabe, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Ländern der EU zu vereinheitlichen, genügt nicht länger. Notwendig ist, die E U auf eine sozialpolitische Strategie zu verpflichten, die darauf zielt, für alle gedeihliche Lebensbedingungen zu schaffen.

## *8.2 Die Macht der Vernunft*

Kommen wir auf die Frage zurück, um derentwillen wir die Verfassung des politischen Systems erörtert haben. Warum, das war die Frage, geschieht im politischen System nicht, was im ökonomischen nicht geschehen kann: der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen? Die Antwort lässt sich nach allem, was wir erörtert haben, in zwei Sätzen zusammenfassen: weil das politische System ein über Macht verfasstes System ist. Die Macht aber liegt bei einer Mehrheit derer, die sich vom ökonomischen System gut aufgestellt wissen.

Wer deshalb die Verhältnisse nimmt, wie sie sich unter der Marktgesellschaft entwickeln, kann sich über die Aussichten, Gerechtigkeit in der Gesellschaft Geltung zu verschaffen, keiner Illusion hingeben. Anders als es in der Philosophie angenommen wird, liegt die Gerechtigkeit gerade nicht schon am Grunde der Gesellschaft. Es hat in der hinter uns liegenden Geschichte nie eine gerechte Gesellschaft gegeben, nie eine, in der Gerechtigkeit bereits in deren Strukturen eingelassen war. Wenn man dem Bildungsprozess der Gesellschaft durch die Geschichte nachgeht, wird man feststellen, dass es immer Machtprozesse waren, durch die ihre Ordnung bestimmt wurde. Auch in der Marktgesellschaft bringen sich Menschen mit den Machtpotenzialen in die Gesellschaft ein, die sie auf dem Markt erworben haben. Und vor allem: Sie suchen es mit den Mitteln der Macht im politischen System zu sichern. Auch in einer gelenkten Gesellschaft sind wir deshalb darauf angewiesen, die Gestaltungspotenziale des politischen Systems im Interesse der Gerechtigkeit auf Machtpotenziale zu gründen. Woher sollen sie kommen? Politisch besteht das Problem der Unterschicht darin, dass ihr das Organisations- und Machtpotenzial fehlt, um sich in die Politik einzubringen. Eine der bedrückenden Beobachtungen in der Politik ist, dass es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, für den notwendigen Umbau als Arbeiterpartei eine politische Theorie zu finden, die die Unterklasse integriert. Bei diesem Stand der Entwicklung muss es jedoch nicht sein Bewenden haben.

Die Geschichte ist offen. Sie ist offen für zwei Entwicklungspotenziale. Das eine liegt in dem politischen Potenzial der Unterschicht. Je breiter die Unterschicht wird, desto größer wird die Chance, dass sich ein latentes Widerstandspotenzial in ein aktives politisches Potenzial wandelt. Notwendig ist, dass sich eine politische Elite bildet, die die untere Mittel- und Unterschicht in einer politischen Theorie vereint und repräsentiert. Erst wenn die deklassierte Schicht in der politischen Elite einer politischen Partei eine Repräsentation findet, mutiert sie zur Klasse. Und nur dann stellt sie einen realen Machtfaktor innerhalb einer demokratischen Verfassung dar. Das ist das eine Entwicklungspotenzial. Das andere liegt bei einer politischen Vernunft, die sich der ungemainen Bedrohung, der sich die Menschheit aus dem Innern der Gesellschaft wie aus dem Äußern der Umwelt ausgesetzt sieht, bewusst wird und Partei ergreift für eine Gestaltung der Gesellschaft unter dem Postulat der Gerechtigkeit. Bleibt eine letzte Frage:

### Warum denn Gerechtigkeit?

Warum soll Gerechtigkeit sein? Ich habe die Begründung mitgeführt: Menschen sind ihrer anthropologischen Verfassung nach darauf angewiesen, ein Leben über Sinn zu führen. Was in einer Gesellschaft als sinnvoll gilt, wird in jeder Zeit und in jeder Gesellschaft von den Möglichkeiten bestimmt, die von dem Entwicklungsstand der Gesellschaft eröffnet werden. Jeder muss deshalb an diesen Möglichkeiten teilhaben können, wenn er der anthropologischen Verfassung seiner Lebensform gerecht werden will. Sich ihr nicht verpflichtet zu wollen, will mir deshalb wie ein Sakrileg gegen die menschliche Lebensform erscheinen. Nehmen, teilen, weiden, das ist, so sagten es die Griechen, der Nomos der Erde, Menschenart zu leben.